



Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit
Dienstszitz Braunschweig • Postfach 15 64 • 38005 Braunschweig

Mathias Uteß
Referent

mit Zustellungsurkunde

Bayer CropScience
Deutschland GmbH
Elisabeth-Selbert-Straße
40764 Langenfeld

TELEFON +49 (0)531 299-3402
TELEFAX +49 (0)531 299-3002
E-MAIL mathias.utes@bvl.bund.de
INTERNET www.bvl.bund.de

IHR ZEICHEN
IHRE NACHRICHT VOM 13. März 2009

AKTENZEICHEN AP 30-11-22 Ut/lw
(bei Antwort angeben)

DATUM 26. Mai 2009

Herausgabe von Studien

Es ergeht folgender

Widerspruchsbescheid:

1. Ihren Widerspruch vom 13. März 2009 weise ich zurück.
2. Die Kosten des Verfahrens haben Sie zu tragen.

Gründe:

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren (im Folgenden Anfragender) forderte in einem an mich gerichteten offenen Brief vom 10. Oktober 2008 sinngemäß die Offenlegung aller Studien, die für die Zulassung derjenigen Pflanzenschutzmittel eingereicht wurden, für die ich jeweils mit Bescheid vom 15. Mai 2008 das Ruhen der Zulassung angeordnet hatte. Das Auskunftsbegehren wurde nach einem Hinweis meinerseits auf die Rechtslage durch den Anfragenden mit Email vom 27. November 2008 dahingehend konkretisiert, dass lediglich eine Übersendung der Studien zum Prüfbereich „Honigbiene“ für die fraglichen Pflanzenschutzmittel gefordert wurde.

Mit Schreiben vom 12. Dezember 2008 gab ich Ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme, da sich die Anfrage auch auf Pflanzenschutzmittel bezog, bei denen Sie Zulassungsinhaber sind.

Sie widersprachen mit Schreiben vom 19. Dezember 2008 unter Berufung auf das Betriebs- und Geschäftsgeheimnis ausdrücklich der Herausgabe sämtlicher Studien, die in den in Rede stehenden Zulassungsverfahren eingereicht wurden. Der Herausgabe der Bienenstudien im speziellen widersprachen Sie mit den Argumenten, dass nach dem Gesetz lediglich eine Zusammenfassung der Ergebnisse einer Studie nicht dem Betriebs- und Geschäftsgeheimnis unterliege und dass sich außerdem aus den fraglichen Studien hier kein Erkenntnisgewinn ergeben würde, der über die bekannten Ursachen der Ereignisse im vergangenen Frühjahr hinausginge.

Mit Bescheid vom 13. Februar 2009 entschied ich, dass ich nach Bestandskraft des genannten Bescheides oder wenn seine sofortige Vollziehung angeordnet worden ist, die Studien zum Prüfbereich „Honigbiene“, die von Ihnen im Zulassungsverfahren für das Pflanzenschutzmittel Poncho (Zulassungsnummer 025272-00) vorgelegt wurden, herausgebe. Im Übrigen lehnte ich den Antrag ab. Meinen Bescheid vom 13. Februar 2009 habe ich nicht nur dem Anfragenden bekannt gegeben, sondern mit Schreiben vom 13. Februar 2009 auch Ihnen gegenüber.

Rechtsgrundlage für das Auskunftsbegehren ist nach meiner Auffassung das Umweltinformationsgesetz (UIG). Nach § 3 Abs. 1 UIG hat grundsätzlich jede Person Anspruch auf freien Zugang zu Umweltinformationen. Allerdings enthält das UIG Ausnahmen vom grundsätzlichen Auskunftsanspruch. So dürfen nach § 9 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 UIG Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse Dritter nur offenbart werden, wenn der Betroffene zugestimmt hat oder wenn ein überwiegendes öffentliches Interesse an der Offenbarung feststellbar ist. Zwar betrachte ich von einem Unternehmen erarbeitete oder seinem Auftrag erstellte Studien als Betriebs- bzw. Geschäftsgeheimnis dieses Unternehmens. Allerdings ist nach meiner Einschätzung betreffend die oben genannten Studien ein öffentliches Interesse an der Offenbarung festzustellen. Ich verweise an dieser Stelle auf die ausführliche Abwägung in meinem Ausgangsbescheid vom 13. Februar 2009.

Mit Schreiben vom 13. März 2009 legten Sie Widerspruch gegen meinen Bescheid vom 13. Februar 2009 ein soweit er die Herausgabe der Studien zum Prüfbereich „Honigbiene“ für das Pflanzenschutzmittel Poncho betrifft. Der Sachverhalt wird von Ihnen nicht streitig gestellt. Ihr Widerspruch gründet sich maßgeblich auf eine abweichende rechtliche Würdigung. Nach Ihrer Einschätzung ist vorliegend kein überwiegendes öffentliches Interesse an der Offenbarung gegeben. Sie nehmen für sich die Grundrechte nach Art. 12 und 14 GG in Anspruch und halten anhand dieses Maßstabs meine Entscheidung für unverhältnismäßig. So sei die Herausgabe der Studien nicht erforderlich, da es öffentlich verfügbare Publikationen gäbe, durch die die

Schadensursachen abschließend erläutert würden. Die Studien könnten hier keinen weiteren Beitrag leisten. Auch bestehe aktuell keine Gefährdungslage, da Import, Inverkehrbringen und Aussaat von mit Poncho behandeltem Maissaatgut derzeit per Eilverordnung verboten seien. Auch sei über die Wiederzulassung von Poncho noch nicht entschieden. Ferner gäbe es keine Anhaltspunkte für Fehler im Zulassungsverfahren, welche eine Herausgabe der Studien rechtfertigen könnten. Schließlich müsse vorliegend die Wertung von § 18c PflSchG berücksichtigt werden. Nach dieser habe die Herausgabe von Bewertungsberichten Vorrang vor der Herausgabe von konkreten Studien. Die Herausgabe der Bewertungsberichte genüge vorliegend, um die im Zulassungsverfahren abgelaufene Bewertung nachzuvollziehen.

Ihr Widerspruch ist zulässig, aber nicht begründet.

Auch im Hinblick auf Ihr Vorbringen im Widerspruchsschreiben vom 13. März 2009 bleibe ich dabei, dass vorliegend ein überwiegendes öffentliches Interesse an der Herausgabe der Studien zum Prüfbereich „Honigbiene“ für das Pflanzenschutzmittel Poncho besteht.

Bei meiner Ausgangsentscheidung habe ich die von Ihnen genannten Grundrechte Art. 12 und 14 GG berücksichtigt. Diese Grundrechte können jedoch bei Auskunftsanträgen nach dem UIG nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts für das Land Schleswig-Holstein im Einzelfall durchaus von anderen Belangen überlagert werden (OVG Schleswig-Holstein, Beschluss vom 29. Dezember 2006, Az. 15 P 2/06). Bei einem Störfall in einem Kernkraftwerk nahm das Gericht einen solchen Einzelfall an. Ich habe in meinem Ausgangsbescheid ausführlich dargelegt, warum es sich bei dem Bienensterben im Frühjahr 2008 nach meiner Einschätzung um eine vergleichbare Konstellation handelt. Hiergegen haben Sie nichts eingewendet.

Dem m. E. grundsätzlich gegebenen Auskunftsanspruch steht nicht entgegen, dass das JKI oder das Ministerium für Ländlichen Raum Baden-Württemberg spezifische Informationen zum Bienensterben zur Verfügung stellen, beispielsweise in den jeweiligen Internetauftritten. Dem Anfragenden geht es vorliegend nach seinen eigenen Ausführungen weniger um eine Aufklärung des Bienensterbens, als vielmehr darum, in den einschlägigen Zulassungsverfahren „Aktenöffentlichkeit“ herzustellen, da er den Verdacht hegt, dass die eingereichten Studien nicht objektiv waren. Dies kann durch Einsicht in Publikationen, die erst infolge des Bienensterbens verfasst wurden und sich seiner Aufarbeitung widmen, nicht geklärt werden. Insofern entsprechen die Publikationen zum Bienensterben objektiv nicht dem, was der Anfragende wünscht. Sie sind inhaltlich kein „Minus“ im Vergleich zu einer Zulassungsstudie, sondern ganz anders ausgerichtet und damit qualitativ von Zulassungsstudien zu unterscheiden. An dieser Stelle ist noch einmal zu betonen, dass die Herstellung von „Aktenöffentlichkeit“ eines der primären Ziele

des UIG ist (OVG Schleswig-Holstein, Beschluss vom 29. Dezember 2006, Az. 15 P 2/06). Ziel des Gesetzes sei die Förderung von Transparenz und Legitimation der behördlichen Tätigkeit und der „Bürgerkontrolle“ der Verwaltung (OVG Schleswig-Holstein, aaO).

Abgesehen hiervon dürfte hier aus Sicht des Anfragenden bzw. der Öffentlichkeit die Gefahrenlage (jedenfalls im Sinne des Informationszugangsrechts) entgegen Ihren Darlegungen fortbestehen. Die Entscheidung über die (Wieder-)Zulassung von Poncho steht noch aus. Bei dieser Entscheidung ist die Frage, ob die Bewertung seinerzeit objektiv abgelaufen ist, durchaus von Relevanz.

Schließlich ist die Herausgabe der Studien auch nicht deshalb abzulehnen, weil der Anfragende seine Ziele auch durch Zugang zum Bewertungsbericht erreichen könnte. Dies ist nämlich gerade nicht der Fall. Beim Bewertungsbericht handelt es sich um eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Bewertung. Ob die Bewertung objektiv verlaufen ist, lässt sich jedoch nur feststellen, wenn die Studien und die entsprechenden Passagen des Bewertungsberichtes verglichen werden, nicht jedoch allein aus der Lektüre des Bewertungsberichtes.

Ich verweise abschließend noch einmal ergänzend auf die Ausführungen in meinem Ausgangsbescheid, die ich vollumfänglich aufrecht erhalte.

Im Ergebnis war somit Ihr Widerspruch zurückzuweisen

Die Entscheidung über die Kosten beruht auf § 73 Abs. 3 S. 3 VwGO und § 80 Abs. 1 VwVfG.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage bei dem Verwaltungsgericht Braunschweig, Am Wendentor 7, 38100 Braunschweig, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Der Klage nebst Anlagen sollen so viele Abschriften beigefügt werden, dass alle Beteiligten eine Ausfertigung erhalten können.

gez.

Dr. Helmut Tschiersky-Schöneburg
Präsident